

»Bildungspolitischer Rückschlag«

Baden-Württemberg: Grüne und CDU beschließen Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer und provozieren geballten Protest. **Von Ralf Wurzbacher**

Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer in Baden-Württemberg sind beschlossene Sache. Am Mittwoch gaben die Regierungsfractionen von Grünen und CDU im Stuttgarter Landtag grünes Licht für die entsprechende Gesetzesvorlage von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne). Ab kommendem Herbst müssen Studienneulinge von außerhalb der Europäischen Union pro Semester 1.500 Euro zahlen, um im Ländle studieren zu dürfen. Obendrein werden dann 650 Euro für ein Zweitstudium auch für EU-Bürger fällig. Gegen die Entscheidung machen die Opposition, Studierende, Gewerkschafter und Wissenschaftler Front. Mit der Uni Freiburg gehört sogar ein vermeintlicher Profiteur zu den Widersachern.

In einer am Dienstag publik gewordenen Resolution heißt es: »Der Senat der Albert-Ludwigs-Universität lehnt den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung ab.« Die Neuregelung verursache einen »hohen Verwaltungsaufwand«, Sorge mit »einiger Wahrscheinlichkeit« für die Verdrängung von Studieninteressierten in andere Bundesländer, sei nicht sozialverträglich und löse das »Problem der strukturellen Unterfinanzierung unserer Hochschulen« nicht. Der Beschluss stammt von Ende März und wurde erst auf Druck von Studierenden veröffentlicht. Zu fragen ist, warum die Unileitung das Papier so lange unter Verschluss gehalten hatte.

Die Hochschulen wollen das Gesetz, das angeblich für sie gemacht ist, gar nicht haben: Schon Mitte April hatten 50 Experten aus Wissenschaft und Entwicklungspolitik in einer gemeinsamen Erklärung heftige Kritik an den Plänen geäußert, unter ihnen die Vizedirektorin am Institut für Tropische Agrarwissenschaften an der Universität Hohenheim, Regina Birner. Studiengebühren erschwerten »vielen Menschen aus Entwicklungsländern den Zugang zu ei-



Teilnehmer einer Protestaktion gegen Studiengebühren am 29. April in Stuttgart

nem entwicklungsrelevanten Studium«, monierte sie. Die Bewerberzahlen aus den fraglichen Staaten seien schon jetzt um 30 Prozent eingebrochen.

Zuspruch kommt dagegen von Unternehmerverbänden und der Landesrektorenkonferenz (LRK). Ein kostenpflichtiges Studium sei weltweit der Regelfall und behindere die Internationalisierung der Hochschulen nicht, so LRK-Chef Wolfram Ressel. Dem widersprach die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Doro Moritz: »Diese Form der Hochschulmaut in Zeiten des aufkeimenden Rechtspopulismus ist politisch bedenklich.« Gegen den Regierungsentscheid demonstrierten am Mittwochnachmittag auf Aufruf der Jusos Studierende an der Universität

Mannheim. Bereits am Wochenende hatten in fünf Städten Baden-Württembergs Proteste mit rund 2.000 Menschen stattgefunden.

Bauer begründet ihr Vorgehen mit Sparvorgaben zur Erfüllung der sogenannten Schuldenbremse. Ihr Ressort soll im laufenden Jahr Ausgabenkürzungen in Höhe von knapp 50 Millionen Euro realisieren. Statt beim Hochschuletat zu kürzen, zieht sie es vor, zusätzliche Einnahmen zu generieren und das Geld einer unterprivilegierten Gruppe abzunehmen. Kritiker fürchten überdies, der Vorstoß könnte die Rückkehr zu allgemeinen Studiengebühren einleiten. Grünen-Ministerpräsident Winfried Kretschmann wies den Vorwurf am Mittwoch im Plenum zurück und versprach: »Niemand, der

dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt in Deutschland hat, muss Gebühren bezahlen – ungeachtet von Herkunft und Nationalität.« Stipendien und Ausnahmeregelungen sollten insbesondere Studenten aus schwachen Ländern den Schritt an eine Südwesthochschule erleichtern.

Widerspruch erntete die Regierung auch von Angehörigen der Universität Stuttgart. Sie hatten unmittelbar im Vorfeld der Plenumsitzung in einem Brief und einer von 766 Unterstützern gezeichneten Petition an die Abgeordneten appelliert, gegen die Vorlage zu stimmen. Gebühren träfen vor allem weniger wohlhabende Studierende, grenzten eine bestimmte Gruppe aus und markierten einen »bildungspolitischen Rückschlag«.